

Sensible Daten im Homeoffice

Stadtangestellte dürfen Anträge zur Lebenshilfe zuhause bearbeiten. Ein Experte kritisiert das

Gesa Born

Menden. Homeoffice. Längst keine Ausnahme mehr. Was viele Firmen wegen Corona über Nacht eingeführt haben, setzt sich als Trend fort. Denn die Heimarbeit bietet Vorteile. Auch die Stadtverwaltung Menden erlaubt ihren Mitarbeitenden, von Bürgerinnen und Bürgern gestellte Anträge von zuhause aus zu bearbeiten. Und zwar auch solche, bei denen höchst sensible Informationen ausgetauscht werden – etwa bei der Beantragung von Hilfen zum Lebensunterhalt.

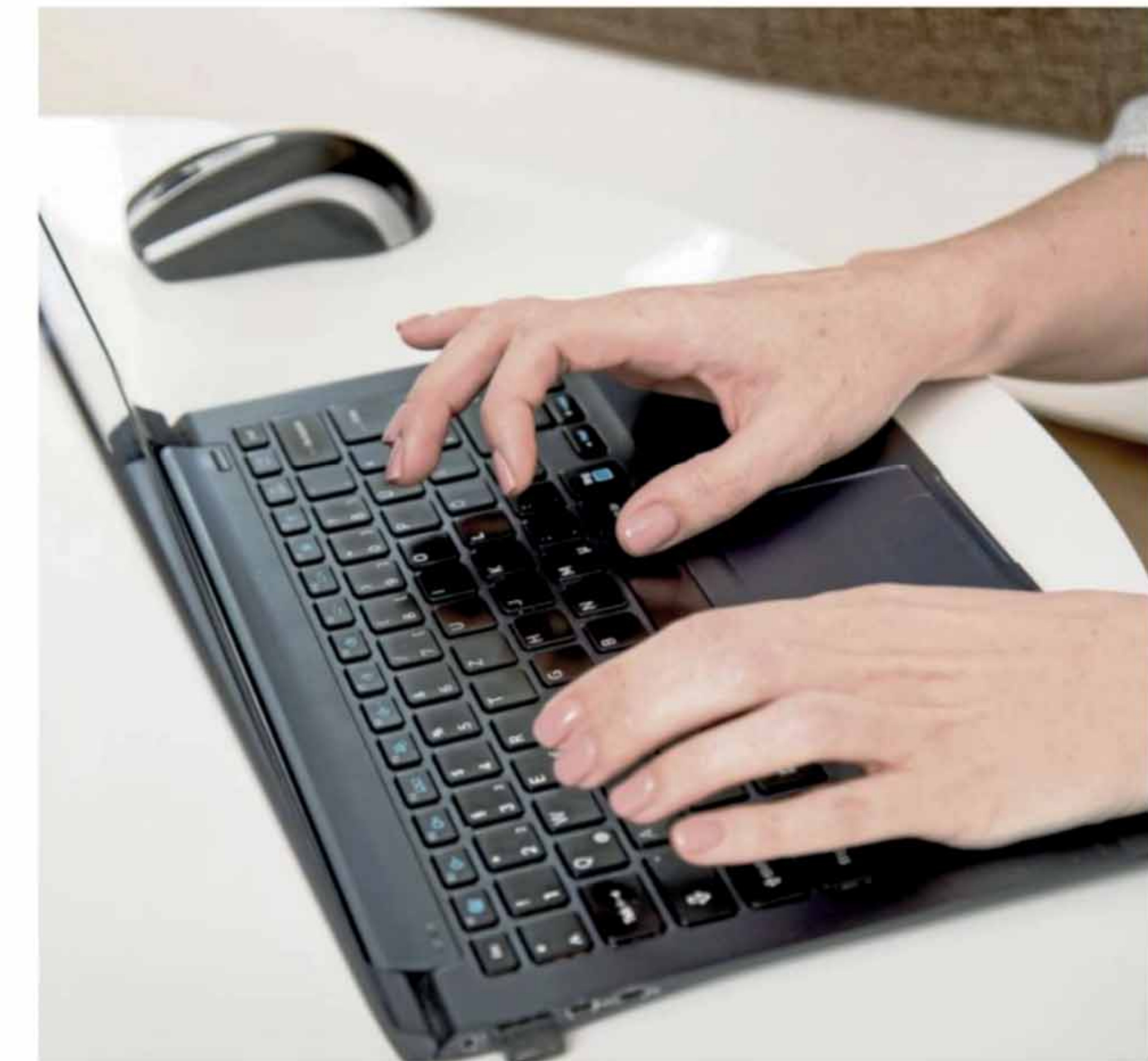
Wie stellt die Stadt sicher, dass diese Daten so nicht an Dritte gelangen? Dass niemand anderes im gleichen Raum Einsicht hat? Oder dass technische Sicherheitslücken entstehen?

Ebenjene Lebenshilfen sollen künftig von Bürgerinnen und Bürgern über ein sogenanntes Sozialportal online beantragt werden können. In einem Vertrag zu diesem „Onlinezulassungsgesetz“ steht, dass der Leistungsbezieher dabei „ausdrücklich seine Zustimmung“ erteilt, dass die Datenverarbeitung „auch in Privatwohnungen (zum Beispiel bei Tele- beziehungsweise Heimarbeit von Beschäftigten) erfolgen darf“. An gleicher Stelle verpflichtet sich die Stadt Menden zur Einhaltung von Datenschutzmaßnahmen – wie beispielsweise dazu, dass Mitarbeitende nicht ihre Privatgeräte für die Arbeit nutzen dürfen.

Prüfung der Homeoffice-Situation

„Wir nehmen das sehr ernst“, sagt Michael Roth, Datenschutzbeauftragter der Stadt Menden. Er oder seine Vertreterin müssten jeden Homeoffice-Antrag von Mitarbeitenden der Stadt erst einmal „datenschutzrechtlich beleuchten“. Das hieße zu schauen: „Wie ist die Situation zuhause, wie stellt die jeweilige Person sicher, dass die Datenschutzvorgaben, die auch im Büro gelten, zuhause umgesetzt werden können?“

Dazu sei ein Formular entwickelt worden, das Roth gemeinsam mit den Mitarbeitenden durchgehe. „Ist ein separates Arbeitszimmer vorhanden?“, sei einer der Checkpunkte. „Oder: Wie wird, wenn es nicht vorhanden ist, sichergestellt,



Die Stadtverwaltung Menden erlaubt Mitarbeitenden, Bürgeranträge auch im Homeoffice bearbeiten zu dürfen. Dabei werden oft hochsensible Informationen ausgetauscht.

CHRISTIN KLOSE/DPA-TMM

dass, wenn jemand Drittes sich im Hause befindet, dieser nicht auf die Daten zugreifen kann – oder mal eben reingucken kann, wenn Anträge bearbeitet werden“, erklärt Roth. „Der jeweilige Mitarbeiter muss uns gegenüber erklären und auch unterschreiben, dass er darauf achtet und das einhält.“ Zudem biete die Stadt Schulungen zu dem Thema an: „Wir versuchen, die Mitarbeiter da zu sensibilisieren.“

Dass die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) vorgegebenen Sicherheitsgegebenheiten von der Stadt Menden so eingehalten werden können, daran zweifelt der Menderner Datenschutz-Experte Karsten Zimmer: „Das kann ich mir beim besten Willen überhaupt nicht vorstellen.“ Die Stadt Menden sei gegenüber Cyberangriffen zwar geschützt, aber nicht gut genug, so

Zimmer. „Und der Homeofficebereich ist natürlich viel schlechter abgesichert gegen Cyberangriffe.“

Als einer von vielen Punkten müsse beispielsweise gewährleistet sein, dass die Verbindung zum Büro – meist eine Internetverbindung – über die Mitarbeitende von zuhause aus arbeiteten, gesichert sei. Eine solche gut geschützte Infrastruktur müsse durch das EDV-Team der Stadt gewährleistet werden.

Grundsätzlich sei er deswegen kein Freund davon, die Bearbeitung solcher sensibler Daten überhaupt ins Homeoffice „out to source“. Zu viele Sicherheitsvoraussetzungen sehe er als nicht erfüllbar an.

Zimmer kritisiert vor allem: „Den schwarzen Peter auf den eigenen Mitarbeiter zu übertragen, dass der für die Sicherheit unterschreibt, das ist natürlich einfach gemacht, aber in meinen Augen stark bedenklich.“



Den schwarzen Peter auf den eigenen Mitarbeiter zu übertragen, dass der für die Sicherheit unterschreibt, das ist natürlich einfach gemacht, aber in meinen Augen stark bedenklich.

Karsten Zimmer, IT-Forensiker, arbeitet in Sachen Datensicherheit eng mit dem Bundeskriminalamt zusammen